

Die 'Freiheit' erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal... mit den Unterhaltungsbeilagen 'Reise Welt'...

Die Jahrgangspostens Konspireteile ober deren Raum kostet 8.- M. einschließlich... Fernsprecher: Zentrum 152 30-152 38

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Beginn der Konferenz von Cannes

### Die erste Vorversammlung

Cannes, 5. Januar.

Die erste technische Vorversammlung fand von 11.30 bis 1 Uhr mittags statt. Ueber diese Sitzung wurde keine Mitteilung veröffentlicht. Die Minister der Alliierten werden in der Reparationsfrage heute nachmittag eine weitere Besprechung haben.

CC. Cannes, 5. Januar.

Unmittelbar nach dem Eintreffen des Finanzministers Doumer sowie der französischen Abordnung hatte Briand eine erste Unterredung mit dem ersteren. Am 11 Uhr fand eine Zusammenkunft zwischen den Ministern statt, an der für Frankreich Doumer und Loucheur, für England Worthington Evans und Robert Hornes und für Belgien Theunis und Japar teilnahmen. Man sprach über das Abkommen der Finanzministerkonferenz vom 18. August und über die belgische Priorität. Diese erste Besprechung dauerte nur 40 Minuten. Ihr folgte kurz darauf eine zweite, an der die gleichen Persönlichkeiten und diesmal auch die italienischen Vertreter teilnahmen. Für den Nachmittag war eine neue Besprechung der französischen, englischen und belgischen Minister anberaumt, an der auch die Italiener teilnahmen. Dabei wurde wiederum über die Reparationsfrage gesprochen. Man glaubt, daß die belgische Abordnung zwar in der Frage der Priorität nicht nachgegeben habe, daß sie aber als Ersatz für diese Naturalieferungen in Eisenbahnmateriale sowie in Eisen- und Holzwaren für den belgischen Kongo bestehen sollen. Die belgischen Minister haben, wie verlautet, auf Verlangen des belgischen Königs in diesem Sinne entschieden.

### Die Stimmung vor der Konferenz

Wie immer am Vorabend alliierter Konferenzen, so werden auch diesmal, bevor noch die Tagung von Cannes begonnen hat, zahlreiche Meldungen über die Absichten der Konferenzteilnehmer und die vermutlichen Ergebnisse der Beratungen verbreitet. Es ist überflüssig, sie im einzelnen wiederzugeben, denn man weiß aus Erfahrung, daß sie zumeist auf Kombinationen beruhen. Eine Ausnahme kann man mit der Meldung des Sonderberichterstatters der 'Times' machen, der gehört haben will, daß Lord George vielleicht gleich zu Beginn der Konferenz des Obersten Rates einen großen kühnen Plan unterbreiten werde, ebenso wie dies Staatssekretär Hughes auf der Washingtoner Konferenz getan habe. Die augenblickliche Ansicht der britischen Delegation in der Konferenzfrage sei, daß Deutschland gestattet werden müsse, für 1922 mit einer Gesamtzahlung von 500 Millionen Goldmark wegzukommen, die zwischen Januar und April verteilt werden solle. Dafür sollten Bürgschaften geschaffen werden, um das 'Reinmachen' der deutschen Finanzen zu sichern. Desgleichen solle auf größere Zahlungen in Waren bestanden werden. Befritten wird, daß Großbritannien daran denke, auf seine Ansprüche auf irgendwelche unmittelbare Zahlung zu verzichten, obgleich es bestrebt sei, seinen Alliierten soweit wie möglich entgegenzukommen. Von französischen Blättern wird bestritten, daß Lord George die Absicht habe, eine 'Ueberraschung' herbeizuführen.

Einen ernsthaften Charakter trägt auch die Meldung des Pariser Berichterstatters der 'Frankfurter Zeitung', wonach Frankreich und England sich in bezug auf das Reparationsproblem auf folgende Mindestforderungen geeinigt hätten:

1. Deutschland muß sich verpflichten, durch Verminderung der Ausgaben und Erhöhung der Einnahmen innerhalb einer möglichst kurz bemessenen Frist seinen Etat zu balancieren. Bis dahin sollen die Mittel zur Bestreitung laufender Ausgaben, soweit dazu die regulären Einnahmen nicht ausreichen, nur im Wege kurzfristiger Inlandsanleihen aufgebracht werden dürfen.
2. Alle im deutschen Budget vorgesehenen Subventionen (als solche werden von der Entente auch die Zuschüsse für Post und Eisenbahn und für die Verhütung der Lebensmittelverknappung angesehen), sowie alle nicht unbedingt notwendigen Ausgaben zur Ausführung großer öffentlicher Arbeiten müssen gestrichen werden. Die Reichsbank soll eine Art Autonomie nach dem Vorbild der Bank von England erhalten mit dem ausdrücklichen Verbot der weiteren Diskontierung von Schatzscheinen. Dem Verwaltungsrat soll künftig ein von der Reparationskommission unter Zustimmung der deutschen Regierung zu ernennendes und dieser verantwortliches Mitglied angehören.

Uebereinstimmend wird von allen Berichtstattern hervorgehoben, daß die Voraussetzung für eine Neuordnung der Reparationsfragen die Herstellung des Gleichgewichts im Haushalt des Deutschen Reichs sei.

Graf Kehler, der früher höhere Posten in der deutschen Diplomatie bekleidet hat und als Vazillist bekannt ist, unterstreicht in einem Artikel aus Paris für die 'Wossische Zeitung', daß jetzt der psychologische Augenblick gekommen sei, um der politischen Vernunft auch in Frankreich größeren Einfluß zu verschaffen. Daß Deutschland in seiner jetzigen wirtschaftlichen Lage und als Teil eines völlig ruinierter Kontinents die ganze Summe nicht bezahlen kann, beginne der französische

Steuerzahler einzusehen; er möchte aber wenigstens des 'guten Willens' seines Schuldners sicher sein. Und hieran zweifelte er, wenn ihm mit Recht oder Unrecht gelagt wird, daß große Mengen deutschen Kapitals ins Ausland verflohen sind, daß die deutsche Ausfuhrstatistik nicht mehr völlig zuverlässig sei, daß in Deutschland die Steuern nicht alle ordnungsmäßig eingehen, daß die deutschen Staatsfinanzen nicht nach den strengsten Grundsätzen verwaltet werden. Hinter allen diesen Erscheinungen witterte er eine Absicht, die Lasten der Wiedergutmachung auf ihn, den französischen Steuerzahler, abzuwälzen. Und deshalb zweifelte er auch an der Hoffnung, daß sogar, wenn Europa und Deutschland wieder hochkommen, Deutschland ihm mehr als schöne Worte geben werde; so daß er auch dann noch aus seiner Tasche Nordfrankreich wieder aufbauen müßte. Die Wirkung, die ein tatsächlicher Anstieg des Wiederaufbaus mit gutwilliger deutscher Hilfe üben würde, wäre deshalb psychologisch unschätzbar. Er würde die Strömung, die gegen jede Verständigung mit Deutschland ist, im selben Maße schwächen, wie er die Angst des französischen Steuerzahlers mindert. Graf Kehler sagt schließlich über Cannes folgendes:

Die dortige Konferenz könnte einen neuen Abschnitt der europäischen Geschichte einleiten, indem sie den Boden schafft für eine bewußte und organisierte europäische Arbeitsgemeinschaft. Aber diese liegt, wenn sie ins Leben treten soll, die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich voraus. Und da kann die psychologische Verfassung, in der sich Frankreich gerade jetzt befindet, entscheidend werden. Denn eine deutsche Politik, die diesen psychologischen Augenblick ausnützt, die den 'guten Willen' Deutschlands zu Wiederaufbau und Wiedergutmachung erneut außer Frage stellt durch planmäßige Anpassung der deutschen Finanzen und der deutschen Wirtschaft an solche Leistungen, und die gleichzeitig den Beweis erbringt, daß die deutsche Demokratie auf festen Füßen steht, hätte nicht ungünstige Ausschichten, das Verhältnis zu Frankreich, das das Verhängnis der deutschen Geschichte und Europas seit Jahrhunderten gewesen ist, in ein solches umzuwandeln, das der Grundstein eines neuen deutschen und europäischen Aufschwunges werden könnte.

Auch diese Beurteilung der Stimmung in Frankreich stimmt in ihren Schlussfolgerungen mit dem überein, was wir von jeher verlangt haben: daß endlich der Staatshaushalt in Ordnung gebracht und gegen die Reaktion mit fester Hand durchgegriffen wird. Das kann aber nicht dadurch erreicht werden, daß man den alten Steuertrott beibehält und die Monarchisten in Verwaltung, Justiz und Schule nach Belieben wirtschaften läßt, sondern nur dadurch, daß man endlich die besitzenden Klassen bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit zu den Lasten des Staates und der Reparation heranzieht und für die Sicherung der republikanischen Grundsätze in allen Einrichtungen des Staats sorgt.

### Das Washingtoner Marineabkommen

CC. Washington, 5. Januar.

Das Marineabkommen, das kurz vor seiner Fertigstellung steht, wird folgende Artikel enthalten: 1. Bestimmungen über die Einschränkungen der Tonnage, des Kalibers der Geschütze und die Zahl der Schiffseinheiten erster Klasse. 2. Bestimmungen über den Erfolg dieser Einheiten nach einem für jede Macht aufgestellten Programm. 3. Bestimmungen über die Flugzeugbegleiterschiffe. 4. Bestimmungen über die leichten Kreuzer. 5. Bestimmungen über die Anwendung der U-Boote und das Verbot, Handelsschiffe zu Kriegszwecken zu verwenden. Das Abkommen wird ferner Bestimmungen über die Verwendung von Bomben im Luftsege enthalten und bestimmte Regeln für den Bau von Schiffen auf Privatwerten für Rechnung fremder Staaten aufstellen. Bestimmungen über die künftige Kriegsführung sollen ebenfalls erlassen werden, namentlich über die Kriegsführung gegen solche Mächte, die das Abkommen nicht unterzeichnet haben. Auch die Aufstellung der Geschütze an Bord der Einheiten erster Klasse sollen geregelt werden. Ferner wird das Abkommen Richtlinien über die Einberufung periodischer Konferenzen geben, die Abänderungen an den Bestimmungen des jetzt zu schließenden Vertrages vornehmen könnten. Das Abkommen ist soweit vorgeschritten, daß das Marinekomitee wahrscheinlich schon heute eine Sitzung abhalten kann.

### Frankreich und Sowjetrußland

CC. Cannes, 5. Januar.

Wie wir hören, hat Briand den Präsidenten der französischen Gewerkschaftskommission Jouhaux, um dessen Ansichten über die Sowjet-Regierung gebeten. Demnächst sollen sich gewisse englische, französische und sonstige alliierte Persönlichkeiten nach Moskau begeben.

### Die Frage der chinesischen Zölle

Paris, 5. Januar.

Nach einer Havasmeldung aus Washington sollen Spanien, Deutschland und Rußland, die an der Frage der chinesischen Zölle interessiert sind, aufgefordert werden, an der zu bildenden internationalen Zollkommission teilzunehmen.

### Die Sadgasse

Heute tritt in Cannes die Konferenz der Alliierten zusammen. Die wichtigste Entscheidung nicht nur der Gegenwart, sondern auch der Zukunft für die europäische Wirtschaft wird von ihr erwartet. Wie sie ausfallen wird, ist unbestimmt. Den optimistischsten Hoffnungen stehen nicht unberechtigte Besorgungen gegenüber. Besorgungen, die vor allem darauf verweisen, daß Deutschland nicht alle Voraussetzungen erfüllt habe, durch die eine günstige Entscheidung mit Sicherheit herbeiführen gewolten wäre. Diese verhängnisvolle außenpolitische Wirkung, insbesondere durch die Verzögerung der Steuerreform, ebenso aber auch die damit zusammenhängenden innenpolitischen Gefahren werden auch von einsichtigen bürgerlichen Kreisen erkannt. So schreibt die 'Frankfurter Zeitung' in einem bemerkenswerten Artikel:

'Herr Dr. Wirth empfindet wohl jetzt selbst den schweren Fehler, den er damit begangen hat, daß er nicht sofort nach der Annahme des Londoner Ultimatus, sofort nach der Bildung seines ersten Kabinetts und der ihm damals verfügbar gewesenem Mehrheit von Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten und Unabhängigen (welche letzteren eventuell durch die Volkspartei ersetzbar waren), die Steuerfrage mit äußerster Energie forciert hat. Wie dieses Verlangen verhängnisvoll für unsere Wirtschaft und unsere Finanzen war, brauchen wir heute nicht zu wiederholen. Wie es außenpolitisch verhängnisvoll war, wird sich in Cannes erweisen. Wie es aber auch innenpolitisch die Lage kompliziert, das zeigt sich darin, daß eben überhaupt nichts mehr vorwärts kommt. Der Kanzler mag sich darauf berufen, daß eben von Anfang an seine Mehrheit (und, sagen wir es nur offen, auch seine eigene, die Zentrumspartei) in dieser Angelegenheit gespalten war, daß dieses sachliche Hindernis seinen zweifellos vorhandenen guten Willen gelähmt hat. Die Frage ist nur, ob dieses Hindernis nicht durch entschlossene Führerwillen der Regierung hätte überwunden werden können, wobei dann freilich solcher Führerwillen und die ebenfalls dafür notwendige Führerschaft nicht nur bei einem einzigen Manne im Kabinett hätte vorhanden sein dürfen. Jetzt stehen wir jedenfalls vor einer Lage, die scheußlich ist. Seitdem das Ultimatum im Mai angenommen wurde, sind bald acht Monate vergangen. Die Steuerfrage aber, die damals sofort nötig waren, befinden sich heute noch unerledigt in den Ausschüssen des Reichstags. Diese Ausschüsse haben gerade die erste Sitzung fertig gebracht. Und von einem einheitlichen Mehrheitswillen war dabei keine Rede. Bei den verschiedenen Abstimmungen haben die Parteien sich ganz verschieden gruppiert, recht häufig so, daß die 'bürgerlichen' Parteien als Mehrheit gegen die 'sozialistischen' Parteien stimmten. Das Ergebnis aber, wenn man von einem solchen sprechen will, ist dieses, daß an den Vorlagen der Regierung, sowohl bei den sogenannten direkten wie bei den sogenannten indirekten Steuern, erhebliche Absätze vorgenommen wurden, ohne daß irgend jemand das Bedürfnis geäußert hätte, nun auch für einen Ersatz dieser Minderungen zu sorgen. Die Folge ist, daß die parteipolitischen Schlagworte auf der linken wie auf der rechten damit nur noch mehr in den Vordergrund traten. Die Erkenntnis, daß man mit diesem Verfahren in eine Sadgasse geraten ist, scheint jetzt allerdings ziemlich allgemein zu sein.'

Es ist durchaus zutreffend, wenn die 'Frankfurter Zeitung' erklärt, daß die Regierung durch ihre eigene Schuld in eine Sadgasse geraten ist. Aus dieser Sadgasse sollen nun die Kompromißverhandlungen über die Steuerfrage zeigen. Aber auch jetzt scheint die Regierung den Ernst der Situation immer noch nicht erkannt zu haben. Nach allem, was über diese Verhandlungen, oder wenn man will Besprechungen, der Regierung mit den einzelnen Parteien bekannt geworden ist, befindet sich die Regierung in der Annahme, es genüge, wenn sie für die Wiederherstellung der von den Ausschüssen verschlechterten Regierungsvorlagen eintrete.

Es ist kaum glaublich, daß eine solche naive Vorstellung die gesamte Reichsregierung beherrschen sollte. Wir nehmen vorläufig an, daß der Reichsfinanzminister allein über dieses Maß von Naivität verfügt. Die Kritik, die von Anfang an gegen die Steuervorlagen der Regierung gerichtet worden ist, scheint auf das Finanzministerium ohne Einfluß geblieben zu sein. In diesen Kreisen ist man immer noch der Meinung, man könne die größte Steuerreform der letzten Jahrzehnte mit den unzulänglichen Mitteln in der Vergangenheit lösen. Die Erfahrungen über das Verlangen der Finanzämter bei der Besitzsteuerung sollen ebenso unberücksichtigt bleiben, wie der Einfluß der Geldentwertung auf die Verminderung der Last, die man ursprünglich den Bestehenden auferlegen wollte.

Auf diesem Wege ist aber eine Gesundung der Reichsfinanzen nicht denkbar. Die Arbeiterschaft kann solchen Absichten nie und nimmer ihre Unterstützung gewähren. Sie ist völlig einig in der Auffassung, daß jetzt die Verhältnisse der vergangenen Zeit nachgeholt werden müssen, daß die richtigen Gewinne, die die Besitzer der Sachwerte aus der Geldentwertung gezogen haben, der Gesundung der Reichsfinanzen dienlich ge-

macht werden müssen. Das kann aber nicht geschehen durch Besteuern, die veranlagt werden, deren Erträge erst in Jahren zu fließen beginnen, bei denen die hinterzogenen Beträge unter Umständen größer sind, als die wirklich in die Reichskasse fließenden. Bei diesem Kampf zwischen Fiskus und Steuerträger ist der Fiskus bisher stets der Betrogene gewesen. Er wird es auch in Zukunft sein, und das in um so größerem Maße, je mehr und je schneller die Geldentwertung fortschreitet.

Die Unzulänglichkeit der Regierungsvorlagen läßt keinen Zweifel darüber aufkommen, daß mit ihr das Hauptziel der Steuerreform: die Deckung des Staatsbedarfs durch Steuern anstatt durch die Notenpresse, nicht erreicht wird. Die Notenpresse würde also weiter in Anspruch genommen werden. Anstatt die Geldentwertung zu beseitigen, würde sie aufs neue gefördert und somit auch die Lasten gesteigert, unter denen die Arbeiterklasse jetzt bereits eine immer größere Einschränkung ihrer Lebenshaltung erfahren hat. Solche Absichten können und dürfen nie die Zustimmung der Arbeiterklasse finden. Ohne die Beseitigung der Geldentwertung, der drückendsten aller indirekten Steuern, die automatisch wächst, die den Ärmsten das letzte Stückchen Brot verteuert, aber den Reichen schneideweise Gewinne ermöglicht, ist uns keine Steuerreform annehmbar.

Das Hauptmittel dazu ist und bleibt die Erfassung der Sachwerte. Wir haben immer gewünscht, daß sie nur im Kampf gegen die bestehenden Schichten durchgeführt werden kann. Die Wichtigkeit dieser Anschauung hat sich tausendfach erwiesen. Obwohl die Arbeiterklasse infolge der Geldentwertung und des Steuerabzuges die Staatsfinanzen vor dem völligen Zusammenbruch gerettet hat, ist die Steuerlast der bestehenden Kreise nur noch gestiegen. Sie wollen nicht opfern, was durch ihre Schulden Lasten über das deutsche Volk gekommen ist. Und wenn die Regierung lange Monate kräftlich abwartend den Dingen ihren Lauf gelassen hat, so ist sie mit Schuld an der jetzigen schwierigen Lage. Sie hat aber nun kein Recht zu dem Einwand, da unvorzugsweise gehandelt werden müsse, sei die Erfassung der Sachwerte aus zeitlichen Gründen nicht möglich. Ein solcher Einwand verdient keine Berücksichtigung.

Ebenso wenig ist der Einwand, die von der Regierung vorgeschlagenen Vermögenssteuern würden bereits einen Eingriff in die Substanz darstellen. Sie seien deshalb als Ersatz für die Erfassung der Sachwerte anzusehen. Wir glauben nicht, daß dieser Standpunkt irgend welcher Zustimmung bei der großen Masse der Bevölkerung begegnen wird. Erfassung der Sachwerte ist nicht nur Eingriff in die Vermögenssubstanz, sondern Beseitigung eines völlig neuen Weges zur ausreichenden und gerechten Besteuerung des Besitzes. Die unmittelbare Beteiligung des Reiches an den Unternehmungen würde neben all den anderen Vorzügen, die wir oft genug dargelegt haben, die Steigerung der Steuerleistungen in dem Maße bedeuten, wie der Ertrag der Unternehmungen selber steigt, gerade das Gegenteil also des jetzigen Zustandes, wo die Steuerleistungen des Besitzes bei zunehmender Geldentwertung einen immer kleineren Teil des realen Einkommens darstellen.

Statt an die Erfassung der Sachwerte heranzugehen, meint die Regierung aber die schärfste Anspannung aller Verbrauchssteuern und Zölle anzustreben. Die Umsatzsteuer soll auf zweieinhalb Prozent festgesetzt werden, die Minderungen, die der Verbrauchssteuerausgleich bei den einzelnen Verbrauchssteuern vorgenommen hat, sollen ebenfalls fallen. Die Durchführung dieser Absichten bei fortbestehender Geldentwertung aber würde bedeuten, daß zu der drückendsten aller indirekten Steuern: der Notenpresse, weitere Lasten hinzutreten würden. Das ist für die Arbeiterklasse unbestreitbar, besonders in einem Augenblick, in dem durch das Verlangen nach Erhöhung der Post- und Eisenbahntarife, nach Wegfall der Zuschüsse für die Verbilligung der Lebensmittel, die Gefahr weiterer Steigerung der Kosten der Lebenshaltung unmittelbar geworden ist.

Die Regierung kann einen Ausweg aus der Sackgasse nur finden durch die Erfüllung der Forderungen, die von den sozialistischen Parteien und den Gewerkschaften aufgestellt sind: Erfassung der Sachwerte, sofortige Einziehung der rückständigen Besteuern, sofortige Erhebung des Restes des Reichsnotopfers. Das sind die wichtigsten Maßnahmen, auf denen die Finanzpolitik aufgebaut werden muß, die die Zustimmung der Arbeiterklasse finden soll.

## Die Agrarier drohen

In der „Täglichen Rundschau“ war vor einigen Tagen angedeutet worden, daß die Versuche zur Herstellung eines Kompromisses in der Steuerfrage sich auch darauf erstrecken, bei der Bewertung von landwirtschaftlichen Grundstücken die Regierungsvorlage wieder herzustellen. Dazu schreibt die „Deutsche Tageszeitung“:

Um so bestreudlicher erscheint dieser Angriff gerade von rechtsstehender Seite, der eigenartige Vermutungen über seinen Ursprung nahelegen kann. Jedenfalls würden weitere Versuche der Sozialisten, einschließlich sozialistisch orientierter Regierungskreise, in dieser Richtung den unbedingten und geschlossenen Widerstand der Landwirtschaft finden, und demgemäß auch wohl aller Parteien, die auf die berechtigten Interessen landwirtschaftlicher Wähler Rücksicht nehmen oder Rücksicht nehmen müssen.

Das ist nichts anderes, als die freche Drohung mit dem Steuerstreik, die ja der Oble von Braun, einer der Führer des Reichslandbundes, bereits vor Monaten ausgeföhrt hat. An dieser Drohung aber mag man auch erkennen, wie unwahr das Geschrei des Reichslandbundes über die Opferbereitschaft der Landwirtschaft ist.

## Das Eisenbahnfinanzgesetz

Der Organisationsausschuss im Reichsverkehrsministerium hat sich mit dem Entwurf des Eisenbahnfinanzgesetzes weiter beschäftigt. Ein von der Mehrheit der Gewerkschaftsvertreter gestellter Antrag, hierüber als Sachverständige die Herren Geheimrat Dr. Quast, Minister a. D. Deser, Ingenieur Dahl und Stadtbaurat Horst zu hören, wurde mit 9 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Die Mehrheit des Ausschusses hat demgemäß die Beschlüsse des Ausschusses dagegen stimmten. Dagegen wurde ein Antrag des Ministerialrats Dr. Satter angenommen, für die Besprechung des Gesetzesentwurfes Berichterstatter zu benennen, deren Berichte schrittweise entgegenzunehmen, und dann sich über die Frage der etwaigen Zulassung von Sachverständigen zu äußern, wenn sich übersehen lasse, welche Fragen den Sachverständigen vorzulegen seien. Zu Berichterstatter über die staatsrechtliche Seite des Gesetzesentwurfes wurden Ministerialrat Dr. Satter

und Roth (Gewerkschaft deutscher Eisenbahner). Über die wirtschaftliche Seite Ministerialrat Dr. Leddenburg und Scheffel (Deutscher Eisenbahnverband) bestimmt.

Am 16. Januar will der Reichsverkehrsminister Gröner einem ausserordentlichen Sachverständigenkreise Gelegenheit zur Stellungnahme zum Eisenbahnfinanzgesetz geben. Geladen sind zu diesem Zweck die Herren Geh. Kommerzienrat Arnold, Staatssekretär a. D. v. Breitenbach, Unterstaatssekretär a. D. Franke, Staatsminister a. D. Hoff, Ministerialdirektor a. D. Dr. Kirsch, Ministerialdirektor Kramer, Direktor des Statistischen Amtes in Schöneberg Dr. Kuczynski, Ministerialrat Melchior, Staatsminister a. D. Deser, Geh. Kommerzienrat Dr. Ravena, technisch-wissenschaftlicher Sachverständiger Dr. Schiff, Staatsminister a. D. v. Seidlein, Staatsminister a. D. v. Siedewitz, M. d. R. v. Siemens, Ministerpräsident a. D. Siegelwald, Unterstaatssekretär a. D. Stieger und Vordirektor Urbig.

## Reaktionäres Treiben in Braunschweig

Die sozialistische Regierung teilte am 4. Januar dem Landtage mit, daß auf die Bekanntgabe der Beförderung der beiden demokratischen Amstrichter Dr. Elling und Landrichter Dr. Koopfe von Oberlandesgerichtsräten der Präsident des braunschweigischen Oberlandesgerichts Wolf in einem frechen Schreiben den Standpunkt der reaktionären Richterschaft dargelegt und die Kammerladung zur Beförderung geeigneter Persönlichkeiten für sich in Anspruch genommen habe. Wolf habe sich in dem Schreiben gegen die Drohung verteidigt: „Das gelübte Verfahren werde nicht ohne Folgen bleiben.“

Die Regierung wies in einem Antwortschreiben an den Oberlandesgerichtspräsidenten auf die „groben Taktlosigkeiten“ gegenüber der vorgelegten Dienststelle hin und lehnte es ab, solche Fragen durch den Oberlandesgerichtspräsidenten prüfen und sich in ihrem Ernennungsrecht irgendwie behindern zu lassen.

Das ganze Gebahren ist weiter nichts als ein Vorstoß der Reaktion unter der Führung des Senatspräsidenten Landtagsabgeordneter Hampe, um die sozialistische Regierung vor den Wahlen zu diskreditieren. Der Landtag nahm mit den Stimmen der drei sozialistischen Parteien und der Demokraten eine Erklärung an, die das Vorgehen der Regierung gegen die richterlichen Saboteure billigt.

Die Vorbereitungen zu den am 22. Januar ersiegenden Neuwahlen sind in vollem Gange. Leider haben die Rechtssozialisten abgesehen, mit den beiden anderen parlamentarischen Parteien eine Listenverbindung einzugehen, wohl hatten sie die Bezeichnung ausgeprochen, eine solche Listenverbindung mit unserer Partei vorzunehmen, eine Ausbeutung der Listenverbindung auch auf die Kommunisten unter allerhand Ausflüchten aber abgesehen. Das ist um so bedauerlicher, als die bürgerlichen Parteien in geschlossener Front gegen die Arbeiterklasse in den Wahlkampf ziehen. Hier wäre es Gebot gewesen, über allen Kleinreißt hinweg die Ausnutzung aller Arbeiterstimmen weitmöglichst zu gewährleisten.

## Das Arbeitszeitgesetz

### Konflikt im Reichswirtschaftsrat

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats nahm, wie den P. P. A. mitgeteilt wird, in seiner ersten Sitzung im neuen Jahr, am 5. Januar, den Bericht über das Arbeitszeitgesetz entgegen. Der Berichterstatter der Arbeitnehmer bezeichnete den Gesetzesentwurf als ungeeignet, die Grundlage für eine allgemeine Regelung der Arbeitszeit zu bilden, wie sie von Arbeitnehmerseite schon lange gefordert werde. Der Arbeitsausschuss des sozialpolitischen Ausschusses habe sich daher entschlossen, die Beratungen abzubrechen und eine grundsätzliche Entscheidung des Plenums des sozialpolitischen Ausschusses über die weitere Verhandlung des Entwurfes herbeizuführen. Der Berichterstatter der Arbeitgeber erklärte die Bereitschaft seiner Abteilung, weiter an dem Entwurf mitzuarbeiten. Er halte diese Weiterarbeit aber nur für fruchtbar, wenn der Unterausschuss bestimmte Richtlinien für seine Beratungen empfinde und zwar hinsichtlich der Nicht-einbeziehung der im Gesetz schon ausgenommenen Kategorien. Unter dieser Voraussetzung beantragte er Zurückverweisung des Gesetzesentwurfes an den Unterausschuss.

Es entwickelte sich eine sehr lebhaft debattierte Debatte über die Erledigung des Entwurfes. Die Regierung wies auf die Dringlichkeit hin und bat um baldigen Abschluß der Beratungen. Die Arbeitgeber wollten nach wie vor die Beratung des Gesetzes nicht auf die bereits in Paragraph 4 bezeichneten Arbeitnehmerkategorien erstreckt wissen, während die Arbeitnehmer auf der allgemeinen Regelung bestanden. Zur Annahme gelangte schließlich mit 15 zu 13 Stimmen folgender Antrag von Arbeitgeberseite:

„Der sozialpolitische Ausschuss beschließt, daß der Unterausschuss das von der Regierung vorgelegte Gesetz weiter berät, aber in den Kreis seiner Beratungen die Erweiterung des Gesetzes auf die ausgeschlossenen Kategorien der Arbeitnehmer nicht aufnimmt. Der sozialpolitische Ausschuss hält es aber für erforderlich, daß die Regierung möglichst bald Gesetzesentwürfe für die in das Gesetz nicht eingeschlossenen Kategorien vorlegt, insbesondere für gewerbliche Angestellte.“

Abgelehnt wurde ein Antrag, der weitere Sachverständigenvernehmungen und interimistische Einbringung eines Reichsnotgesetzes zur Verlängerung der Gesetzeskraft der zur Zeit geltenden Bestimmungen forderte, sowie ein anderer, der den vorliegenden Entwurf als ungeeignet bezeichnete und Schaffung eines einheitlichen Arbeitszeitgesetzes verlangte.

Die Annahme des obigen Votums hätte für die Arbeitnehmer nach ihrem Erscheinen eine Lage geschaffen, die ihnen eine weitere Mitarbeit nicht möglich erscheinen ließ. Der Ausschuss lehnte nach längerer Aussprache einen Antrag auf Ueberweisung des Arbeitgeberantrages an das Plenum des Reichswirtschaftsrates ab und beschloß, zur Klärung der strittigen Fragen eine zweite Beratung vorzunehmen.

## Die Beamtenforderungen

### Beginn der Verhandlungen im Finanzministerium

Berlin, 5. Januar.

Im Reichsfinanzministerium traten heute abend 5 Uhr die Vertreter der Reichsregierung und der Spitzenorganisationen zu den lange erwarteten Verhandlungen über die neue Teuerungssaktion für die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs zusammen. An den Beratungen nahmen Vertreter aller Reichsressorts des preussischen Finanzministeriums und Mitglieder des 23. Ausschusses des Reichstages teil.

Unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors v. Schlieffen vom Reichsfinanzministerium wurde eine allgemeine einleitende Aussprache gehalten. Es herrschte auf allen Seiten das Bestreben die Verhandlungen so rasch zu führen, daß dem Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt am 19. Januar eine Vorlage gegeben sein könnte. Nächster Woche wird die Verhandlung fortgesetzt und dabei zunächst mit der Einzelberatung der Arbeiterfragen begonnen werden, nachdem inzwischen die Reichsregierung mit den Finanzministern der Länder sich ausgesprochen haben wird. Im unmittelbaren Anschluß an die Arbeiterfragen sollen die Beamten- und Angestelltenfragen behandelt werden.

## Die Regierungsarbeiten in Bayern

### Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

München, 5. Januar.

In den Blättern der bayerischen Volkspartei werden zur Zeit Erörterungen über die politischen Aufgaben der nächsten Zeit gepflogen. Es ist bezeichnend, daß im Kultusministerium trotz seiner langjährigen Aufgaben die Herstellung des Koncordates (Abkommen mit dem Vatikan) besonders eingehend wird. Ferner wird die Auseinandersetzung mit dem ehemaligen Königshaus als dringlich bezeichnet, da es sich um eine Ehrenschuld handle. Ferner kommen wiederum die Absichten der bayerischen Volkspartei als Bekämpfung der Regierungsgewalt auf Kosten der Volksoberkeit zum Ausdruck, indem die Schaffung des Staatspräsidentensystems wiederum in den Vordergrund geschoben wird. In den übrigen süddeutschen Staaten sollen bayerische Vertretungen errichtet werden zur Herstellung besserer Beziehungen und um gegenüber der Berliner Zentralgewalt tatkräftiger vorgehen zu können. Im Zusammenhang damit wird auch in der Frage Deutsch-Oesterreichs, insbesondere Tirols, eine größere Bewegungsfreiheit gegenüber dem Reich verlangt.

Gegenüber Ausführungen des „Berliner Tageblattes“, daß Kwasiloff-Bermond, der bekannte Baltikum-Abenteurer, in Berlin eine neue Zeitung herauszugeben beabsichtige, teilte die P. P. A. mit, daß Kwasiloff-Bermond unter dem 17. Dezember mit Frist bis zum 17. Januar aus Preußen ausgewiesen worden ist. Eine Zeitungsgründung durch den russischen Abenteurergeneral dürfte also für Berlin nicht mehr in Frage kommen.

Preisfrage: Wohin wird Kwasiloff-Bermond seine Schritte lenken, nachdem er den Staub des unglücklichen Preußen von den Hüfen geschüttelt haben wird? Wir tippen auf Bayern.

## Die Teuerung im Dezember

Ueber die Teuerung im Dezember 1921 teilt das Statistische Reichsamt mit:

Obwohl durch die Steigerung der Kaufkraft der Mark zu Beginn des Monats Dezember die Großhandelspreise zurückgingen, hat sich die Kaufkraftbewegung der Kosten der Lebenshaltung vom November zum Dezember infolge des vorhergehenden Sturzes der Reichsmark weiter fortgesetzt. Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts, denen die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung nach dem Stande von Mitte Dezember zugrunde liegen, ist die Lebensindexzahl für die Lebenshaltungskosten vom November zum Dezember von 1397 auf 1350, demnach um 3,4 Punkte oder 2,4 Prozent gefallen. Gegenüber Dezember 1920 beträgt die Steigerung 66 Prozent und gegenüber Mai, dem billigsten Monat des vergangenen Jahres 78,1 Prozent.

Stärker als in den Vormonaten hat zu dieser Steigerung im Berichtsmonat die Erhöhung der Kosten für Heizung und Beleuchtung beigetragen, während die Wohnungsmieten nur in verhältnismäßig wenigen Gemeinden anstiegen. Daneben wurden aber auch weitere, teils beträchtliche Steigerungen für Lebensmittel festgestellt. Die Indexziffer für die Ernährungskosten allein, die im November 1921 betragen hatte, ist um 174 Punkte oder 9,1 v. H. auf 2088 gestiegen. In der Erhöhung der Ernährungsausgaben trugen im Berichtsmonat fast sämtliche Lebensmittel bei. Die Preise für Brot, Nahrungsmittel, Hülsenfrüchte und besonders Fleisch stiegen erneut an, auch Gemüse, Kartoffeln, Eier wurden wiederum teurer. Die Preisbewegung für Getreide (bis Mitte Dezember) nicht einschließend.

## Weiteres Steigen der Devisenkurse

In der gestrigen Berliner Börse machte die Aufwärtsbewegung der ausländischen Zahlungsmittel weitere Fortschritte. Die Kurse für den Dollar stiegen auf 201, das englische Pfund von 800 auf 846, der Schweizerische Franken von 87,26 auf 88,30, die tschechische Krone von 306 auf 323.

## Friesland legt nicht nieder

Der Vorstand des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg der Kommunistischen Partei hatte dem Stadtverordnetenvorsteher mitgeteilt, daß sie ihren Genossen Friesland (Neuter) aus der Stadtverordnetenversammlung abberufen habe. Wie eine bürgerliche Korrespondenz jetzt mitteilt, erklärt Friesland jedoch, daß er keine Ursache habe, sein Mandat niederzulegen, und er wolle die städtischen Körperschaften dahin informieren, daß die Kommunistische Partei gegen seinen Willen und über seinen Kopf hinweg gehandelt habe. Friesland war denn auch in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung zugegen.

## Die österreichische Finanzkatastrophe

Wien, 5. Januar.

Die plötzliche tiefste Steigerung des Kurses der schweizerischen Krone bedroht aufs neue die ganze österreichische Lebensmittelversorgung. Für die wichtigsten, aus der Ubschöpfungswelt besorgten Lebensmittel, Zucker, Getreide, Kartoffeln, ist eine neue unerträgliche Preissteigerung zu erwarten. Heute lauden im Ernährungsamt Verhandlungen statt, um die Verhältnisse in bezug auf die Zuckerverorgung zu klären. Nach Mittelermittlungen dürfte sich der Preis in Zukunft auf etwa 320 Kronen stellen.

## Ungetrübte in Siebenbürgen

Bukarest, 5. Januar.

In den Gebieten von Turda und Kerau ist eine kurzfristige Hungernot ausgebrochen. 300 000 Menschen werden vom Hungerode bedroht. Die Bergarbeiter die in diesen Gebieten beschäftigt sind, verlassen panikartig ihre Arbeitsstätten.

## Schneestürme und Schiffsunglücke

Mannheim, 5. Januar.

Aus ganz Baden und Württemberg werden seit gestern Nacht heftige Schneestürme gemeldet. In der Rheinebene liegt der Schnee mehrere Zentimeter hoch im Schwärzgebirge ist die Schneedecke in den höheren Lagen bis auf dreieinhalb Meter angewachsen. Die Temperatur ist fast bis auf 10 Grad unter Null gesunken. Im Schwarzwald makte infolge des mässigen Schneeeises der Verkehr in Talschluchten und in den Berichten von Dorf zu Dorf anhalten zu erhalten. Ueberall hat reger Winterportverkehr eingesetzt.

Paris, 5. Januar.

„Echo de Paris“ meldet, daß 16 französische Schiffe, darunter mehrere Fischerboote, an der Küste in Suesot gerieten sind. Die telegraphischen Verbindungen in Nordfrankreich sind durch Sturmweitere teilweise gestört.

## Die Bedeutung der Angestelltenversicherungswahlen

Die der Angestelltenversicherungspflicht unterliegenden Angestellten nehmen in diesen Tagen die Wahlen ihrer Vertrauensmänner vor. In Berlin geschieht dies Sonntag, den 8. Januar.

Diese Wahlen haben für das gesamte Volk eine große Bedeutung, denn es handelt sich um die Frage: wollen sich die Angestellten für die Beibehaltung ihrer Sonderversicherung entscheiden oder wollen sie für die Vereinheitlichung der Sozialversicherung eintreten? Die Schaffung einer einheitlichen Sozialfürsorge war auch für die Angestellten bis vor etwa 15 Jahren eine Selbstverständlichkeit. Erst nachdem die kaiserliche Regierung erklärt hatte, daß an einen Ausbau der Sozialversicherung für alle Arbeitnehmer nicht zu denken sei, fand bei einem Teile der Angestellten der Plan einer Sonderversicherung Zustimmung.

Inzwischen aber hat sich herausgestellt, daß die Sonderversicherung für viele Angestellte insofern einen Nachteil mit sich bringt, als der Kreis der versicherungspflichtigen Angestellten nicht bestimmt zu umgrenzen ist. Infolgedessen müssen viele Angestellte langwierige Rechtsstreitigkeiten führen, um als versicherungspflichtig anerkannt zu werden. In der Zwischenzeit sind sie weder bei der allgemeinen Invalidenversicherung noch bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte versichert.

Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ist infolge ihres besonderen Verwaltungsapparats sehr teuer. Hinsichtlich ihrer Leistungen hat das Reichsarbeitsministerium in einer Denkschrift vom 25. November 1921 erklärt, daß die Rentenhöhe bei der Invalidenversicherung zur Zeit nicht geringer sei als die bei der Angestelltenversicherung. Dabei ist noch zu beachten, daß die Angestelltenversicherung ihre Beiträge erhöhen muß, um erst eine Deckung für die im vergangenen Jahre eingeführten Beihilfen zu schaffen. Die geringen Verbesserungen, die die Angestelltenversicherung im Vergleich zu der Invalidenversicherung aufweist, stehen in gar keinem Verhältnis zu den bisher viel höheren Beiträgen der Angestelltenversicherung.

Die Angestelltenversicherung und Invalidenversicherung sind in gleicher Weise verbesserungsbedürftig; es liegt daher nahe, einen entsprechenden Ausbau beider unter gleichzeitiger Verschmelzung durchzuführen. Das ist auch der Standpunkt der Fachwissenschaftler. Es sei hierbei auf den Vorschlag des „Bureaus für Sozialpolitik“ verwiesen, der wenigstens eine Zusammenlegung des Verwaltungsapparats beider Versicherungen verlangt; gegen diese Pläne arbeitet namentlich der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband. Er tut dies nicht im Interesse der Angestellten, sondern aus Agitationsrücksichten für die rechtsstehenden Parteien, die auf diese Weise unter den Angestellten werben wollen. Sie erklären rund heraus, eine Verbesserung der Sozialversicherung dürfe nur für die Angestellten, nicht für die Arbeiter erfolgen. So wird in einer im Sommer 1921 vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband herausgegebenen Vortragsdisposition gesagt:

„Damit begründen wir auch das Verlangen, daß die Wirtschaft verpflichtet ist, größere Opfer auf sich zu nehmen, um für unseren Berufsstand Einrichtungen zu schaffen, die für die besetzten Klassen der Arbeiterschaft gleichfalls zu gewähren unsere Kräfte übersteigen würde. Denn das ist nicht unser Ideal, was die Sozialdemokratie will, die vollkommene Gleichheit und schablone Einheitlichkeit, sondern unser Ideal ist, unserem Stande eine solche Beschäftigung und solche soziale Einrichtungen zu erkämpfen, durch die der Angestelltenstand auf die tüchtigsten Kräfte in der deutschen Jugend eine starke Anziehungskraft ausübt.“

Vom Standpunkt der deutschnationalen Parteien kann man diese Stellungnahme begreifen; denn sie sind Feinde der Arbeiter und haben daher auch keine denkenden Arbeiter hinter sich. Unbegreiflich ist indes, daß in dieser Frage sowohl die Zentrums- als auch die demokratische Partei den Deutschnationalen nachlaufen. Diese Tatsache wird in der politischen Agitation mehr in den Vordergrund gezogen werden müssen. Man wird den Arbeitern sagen müssen, daß die demokratische Partei und die Zentrums- partei, indem sie sich der deutschnationalen Partei anschließen, daß nur die Sonderversicherung für Angestellte verbessert werden dürfe, einen Verrat an den Arbeiterinteressen verüben.

An der Angestelltenversicherung mögen die Deutschnationalen modeln, wie sie wollen, sie ist an sich nicht geeignet, die Wünsche der Angestellten zu befriedigen. Die Tatsache allein, daß Tausende von Angestellten gerade infolge des Bestehens dieser Sonderversicherung überhaupt nicht versichert sind, ist für jeden vernünftigen Sozialpolitiker Grund genug, die Vereinheitlichung durchzuführen. Das hat ein sehr großer Teil der Angestellten bereits eingesehen. Trotz aller Bemühungen des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes ist es ihm nicht gelungen, die große Masse der Angestellten dort an die Wahlurne zu bringen, wo bereits Angestelltenversicherungswahlen stattgefunden haben. Die Angestellten denken gar nicht daran, sich für die Weiterexistenz der Sonderversicherung ins Zeug zu legen. Aber diese Abstinenz der Sonderversicherung gegenüber genügt nicht.

Es ist im Interesse der Angestellten notwendig, daß sie sich positiv für die Vereinheitlichung der Sozialversicherung aussprechen. Das müssen alle Berliner männlichen und weiblichen Angestellten über 21 Jahre tun, indem sie am Sonntag, den 8. Januar an der Wahlurne unter Vorweisung einer Versicherungskarte ihre Stimme abgeben für den A. F. V. Bund.

Hilfe für Oesterreich. Die norwegische Regierung hat die Absicht, dem Storting vorzuschlagen, daß der norwegische Staat ebenso wie England, Frankreich und andere Länder wegen der Wiederaufrichtung der österreichischen Finanzen keine Forderung an Oesterreich über 1 1/2 Millionen norwegische Kronen für Heringslieferungen 20 Jahre lang ruhen läßt.

# Wieder eine Machtprobe des Bürgertums

## Dr. Caspari zum Vorsteher gewählt / Die Sitzung aufgefliegen

### Sitzungsbericht

Die gestrige Sitzung hat gezeigt, daß das Bürgertum trotz aller Erklärungen der letzten beiden Monate nichts lernen will. Während die demokratischen Organe, die „Vossische Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“, ihre Parteigenossen wiederholt aufgefordert hatten, sich bei der Vorsteherwahl demokratisch zu verhalten und das Gewohnheitsrecht der kürzesten Fraktion anzuerkennen, beschloß die demokratische Fraktion kurz vor der gestrigen Sitzung, Dr. Caspari, den Kandidaten der bürgerlichen Mehrheit, zu wählen. Da auch Zentrum und Wirtschaftliche Vereinigung, wie aus der Erklärung des Herrn von Cunnern zu entnehmen war, sich dem Vorgehen der Rechtsparteien anschließen, kam es, wie es kommen mußte, die bürgerliche Mehrheit war ziemlich vollständig zur Stelle und Dr. Caspari wurde wieder gewählt.

Nach dieser erneuten Provokation der sozialistischen Parteien blieb nichts anderes übrig, als diesen machtlustigen bürgerlichen „Mehrheitspolitikern die geschlossene Front der Arbeiterpartei entgegenzustellen. Die Sozialisten beteiligten sich an der Wahl der Vorsteherstellvertreter nicht, so daß die Beschlußfähigkeit des Hauses und damit ein sehr schnelles Ende der Sitzung herbeigeführt wurde.

Im Kellereenausschuß wurde über die Festsetzung der nächsten Sitzung beraten. Die bürgerlichen Parteien verurteilten die Schuld am Auffliegen der gestrigen Sitzung den Sozialisten zuzuschreiben, weil sie Obstruktion getrieben hätten. Es wurde aber von den Vertretern aller drei Arbeiterparteien einmütig erklärt, daß die Schuld an diesen Vorgängen allein beim Bürgertum liegt. Die bürgerliche Mehrheit hat auf neue eine Machtprobe versucht, sie hat es allein übernommen, das Präsidium zu besetzen, also liegt auch bei ihr allein die Verpflichtung, für die Erledigung der Geschäfte zu sorgen. Insbesondere hat es sich wiederum gezeigt, daß die kampfeslustige und festgesetzte bürgerliche Mehrheit an keinem Abend reiflos zusammenzubringen ist, denn trotz der Vorsteherwahl waren gestern nur 110 Bürgerliche anwesend. Die bürgerlichen Parteien haben also trotz der zahlenmäßigen Möglichkeit kein beschlußfähiges Haus zustande gebracht.

Nach langem Hin und Her wurde als nächster Sitzungstag Dienstag, der 17. Januar, festgesetzt, obwohl das Bürgertum verurteilt, die selbstverständliche Übung, während der Parteitage größerer Parteien nicht zu tagen, zu umgehen.

Nachdem zu Beginn der Sitzung der Bizeordinator Fabian die Versammlung mit Neujahrsglückwünschen begrüßt hatte, gaben die Fraktionsführer ihre Erklärungen zur Vorsteherwahl ab.

Stadts. Heimann (S. P. D.) gab die Auffassung der S. P. D. bekannt. Sie lehne den Vorschlag der bürgerlichen Parteien, zwei Vorsteher mit gleichen Rechten und Pflichten zu wählen, ab und bestehe auf ihren Anspruch als kürzeste Fraktion.

Stadts. von Cunnern (D. Sp.) erklärte namens aller bürgerlichen Parteien, daß die Mehrheit geschlossen für Dr. Caspari stimmen werde, nachdem der Vorschlag auf Einsetzung von zwei Vorstehern leider abgelehnt worden sei. Nachdem Stadts. Dörr (R. P. D.) für die R. P. D. die Zustimmung abgegeben hatte, daß sie ebenfalls für den Kandidaten der S. P. D. stimmen werde, erklärte Stadts. Dörr (Dnt.), daß keine Partei den Vorschlag auf zwei Vorsteher aus gesetzlichen Bedenken nicht gebilligt habe.

Stadts. Dr. West (U. S. P.) gab der Genehmigung darüber Ausdruck, daß die S. P. D. nicht auf den bürgerlichen Vorschlag eingegangen sei. Die Einsetzung von zwei Vorstehern sei ein gewagtes Experiment, daß damals nur durch die gegenseitige Verständigung der beiden Sozialisten geklärt sei, jetzt aber — bei einem Vertreter des Sozialismus und einem des Bürgertums — misslingen müsse. Auf Zwischenrufe der Bürgerlichen antwortete Genosse West mit sehr kräftigen Worten und wies den kampflustigen Herrschaften mit dem Hinweis, daß angesichts der bürgerlichen Machtprobe die Arbeiterpartei, dem Bürgertum eine einzige Front entgegenstellen werden.

### Das Ergebnis der Vorsteherwahl

Von der linken wie von der rechten Seite des Hauses schickten nur einige Herren; von der U. S. P. nur der schwachranke Genosse Klose. Es wurden also 215 gültige Stimmen abgegeben; davon entfielen auf Dr. Caspari 110 Stimmen, auf Franz Krüger 108 und auf Richard Runge 2 Stimmen. Demnach ist Dr. Caspari wieder zum Vorsteher gewählt. Da die sozialistischen Parteien sich nicht an einem bürgerlichen Präsidium beteiligten, schlug Stadts. v. Cunnern im Namen der Rechten die bisherigen Stellvertreter Fabian (Dnt.), Meyer (Dem.) und Schwarz (D. Sp.) vor. Auf Grund der Geschäftsordnung beantragte Genosse Dr. West Zettelwahl für die Stellvertreter.

Die Wahl der Stellvertreter ergab die Beschlußfähigkeit der U. S. P. da die Zahl der abgegebenen Stimmen nur 106 betrug. Die Sitzung wurde geschlossen und der Kellereirat trat zusammen, um die Lage zu besprechen.

## Schutz der Angestellten der Reichswerft

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags wurde eine Reihe von Petitionen erledigt.

Abg. Kuschner (U. S. P.) berichtete über zahlreiche Entlassungen von Angestellten der ehemaligen Reichswerft in Danzig. Für diese Leute gäbe es keine Möglichkeit, in Privatstellungen unterzukommen, da sie durch ihre jahrelange Beschäftigung im Reichsdienst gegenüber den in Privatstellungen befindlichen Angestellten einseitig geworden seien und jetzt auch ein Ueberangebot von weitaus jüngeren Kräften bestände. So daß sie einem furchtbaren Elend entgegenstehen. Die vom Finanzminister gewährte Uebergangsgebühr im Höchstbetrage von zwei Monatsgehältern reichte zur Linderung der Not bei weitem nicht aus. Redner gab zu, daß allerdings die Anstellung der technischen und Verwaltungsangestellten auf Privatdienstvertrag mit Monatsvergütung und lebenswöchentlichem Kündigungserlös sei. Rechtlich hätten sie also hinsichtlich ihrer Versorgung, sofern sie insofern vorgeschrittenen Alters nicht mehr zur rechtlichen Ausübung ihres Dienstes in der Lage seien, oder für sie durch Auflösung beim Einschluß in den Dienstbetrieb eine Beschäftigungsmöglichkeit nicht mehr bestände, keinen gesetzlichen Anspruch auf Pensionierung oder Parteipensionierung wie die Beamten. In Anbetracht der besonderen Umstände aber trat Redner dafür ein, daß die Reichsregierung für eine anderweitige Unterbringung der zur Entlassung kommenden Angestellten bei anderen Behörden sorgen müsse oder daß ihnen eine angemessene Geldentschädigung gezahlt werde.

Der Regierungsvorsteher erklärte, das Reichsarbeitsministerium würde sich bemühen, die betreffenden Angestellten unterzubringen und habe sich zu diesem Zweck auch bereits an das Reichswehrministerium gewandt. Letzteres könne aber leider die Zustimmung einer Einweisung nicht abgeben, da es eigene Betriebe nicht besitze. Das Reichsarbeitsministerium werde nunmehr keine Bemühungen bei anderen Stellen forschen.

Der Ausschuss stellte sich einmütig auf den Boden der Vorlage der Petenten und überwies die Einrede der Regierung zur schleunigsten Berücksichtigung. — Weiter beschloß der Ausschuss, demnächst den Gehörwunsch über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln zu bearbeiten. Nach Erledigung der übrigen Petitionen verlagte sich der Ausschuss.

## Anträge zum Leipziger Parteitag

(Schluß.)

### Zur Finanz- und Steuerpolitik

33) Köln: Die gegenwärtigen Zustände auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete erheischen mit zwingender Notwendigkeit ein klares, grundsätzliches Bekenntnis des Parteitages zur Klassenkampfidee und -taktik, als ausschlaggebende Faktoren in der Fortentwicklung der gesellschaftlichen Entwicklung zum Sozialismus. Gemäß dieser — unserer grundsätzlichen Auffassung — fordern wir vom Parteitag eine unumwiderrliche Stellungnahme zu den Steuerfragen. Als brennendste Aufgabe der Gegenwart fordern wir die Abschaffung aller indirekten und Verbrauchsteuern, deren Abwälzung auf die Konsumenten immer trasser in die Erscheinung tritt; und nichts unversucht zu lassen, was geeignet erscheint, die Regierung mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln zu zwingen, endlich einmal mit der Sozialisierung aller dazu reifen Betriebe Ernst zu machen, sowie die Ersaffung der Gold- und Sachwerte unverzüglich in die Wege zu leiten.

### Zur Internationale

33) Gelsenkirchen: Der Parteitag möge Wert auf die Erhaltung des marxistischen Klassenkampfes legen und ausdrücklich betonen, daß es die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte anstrebt. Daher möge der Parteitag keine Beschlüsse fassen, welche der Einigung der Arbeiterklasse hindern im Wege stehen. Ferner

wolle der Parteitag alle Mittel anwenden, um eine auf obiger Grundlage aufgebaute Internationale zustande zu bringen.

34) Bremen: Die Verammlung erklärt sich einverstanden mit der Stellungnahme Londons, nach der zu geeigneter Zeit eine Waise für alle drei internationalen Verbände gefunden werden muß, aber von der einseitigen engeren Fühlungnahme nur mit der zweiten Internationale Abstand genommen wird. Dieses letztere würde das Zusammenfinden mit der linksstehenden Arbeiterschaft unnötig hinausschieben.

35) Bitterfeld: Um eine indolente internationale Verständigung der proletarischen Klassengenossen zu ermöglichen, werden der Zentralvorstand und die sonstigen Parteinstanzen beauftragt, die Bestrebungen des „Deutschen Arbeiter- Esperantisten-Bundes“ nach Möglichkeit zu unterstützen. Des weiteren wird der Zentralvorstand beauftragt, die Erkennung des Esperanto in den der U. S. P. angeschlossenen Organisationen anzuregen.

### Allgemeine Anträge

36) Berlin-Brandenburg: Der Parteitag erneuert die Forderung, daß die Gewerkschaften in Kampforganisationen der sozialen Revolution umzugestaltet sind. Bedauerlich ist es, daß dabei festgestellt werden muß, daß eine Reihe führender Gewerkschaftler unserer Partei in ihrem Wirkungsbereich den Grundrissen der U. S. P. D. nicht den notwendigen Einfluß verleiht haben und sich zu sehr in ihrer Gegenwartsarbeit den rechtssozialistischen Einschlagungen genähert haben. Wir müssen daher aufs neue betonen, daß wir es dringend nötig haben, mit dem Berufsverbandsystem, wie es sich in vorrevolutionärer Zeit entwickelt hat, zu brechen und Industrieverbände zu schaffen, die uns allein die Möglichkeit geben, dem geschlossenen Unternehmertum ihre gesamte Arbeiterschaft geschlossen gegenüberzustellen. Die gewerkschaftlichen Forderungen der U. S. P. D. sind für jedes Mitglied der Partei bindend und ihre Durchführung zu erstreben. Daher hat der Parteivorstand mit dem A. D. G. B. und der W. F. darüber Verhandlungen zu führen, daß die Gewerkschaftspreise ihre Bereitwilligkeit erklärt, von Zeit zu Zeit gemeinsame Anrufe und Artikel der politischen Parteien, die alle auf das Leben und Studium der sozialistischen Presse hinweisen, zu veröffentlichen.

37) Stettin: Der Parteitag möge beschließen, daß die Genossen, die leitende Stellen in der Reichszentrale für Heimatsdienst oder deren Landesabteilungen innehaben, aus der Partei ausgeschlossen werden, wenn sie nicht sofort ihre Stellung aufgeben.

## Die Erhöhung der Gütertarife

Die Eisenbahndirektion Berlin teilt mit, Der Bezirksbahnrat für die Eisenbahndirektionen Berlin, Stettin und Berlin-Ostern trat heute unter dem Vorherrsche des Eisenbahndirektionspräsidenten Wolff im großen Sitzungssaale des Potsdamer Bahnhofes zu einer außerordentlichen Tagung zusammen.

Gegenstand der Verhandlung waren die Erhöhung der Gütertarife um 30 Prozent, die für den 1. Februar 1922 beschlossene ist, ferner Vorschläge für eine organische Einbeziehung der Familien seit dem 1. Dezember 1920 festgesetzten Zuschläge in die Tarife sowie die Aufhebung der Liste A und des Verzeichnisses II des Deutschen Eisenbahngütertarifs Teil I B. Es wurden zwar von verschiedenen Seiten, so in Sonderheit von Vertretern der Landwirtschaft, erhebliche Bedenken gegen die Vorlage geltend gemacht, auch wurde alleinig darauf hingewiesen, daß die geplante Tarifierhöhung eine weitere starke Belastung des wirtschaftlichen Lebens herbeiführen müsse. Trotzdem erlangten die anwesenden Vertreter des Bezirksbahnrates an, daß die Eisenbahnerverwaltung sich in einer Zwangslage befinde, die nur auf dem vorgeschlagenen Wege der Tarifierhöhung beseitigt werden könne. Demgemäß wurde die Vorlage nach längerer Verhandlung in der von der Eisenbahnerverwaltung vorgeschlagenen Form angenommen. Erwünscht, die sich auf eine Schonung gewisser Güterarten beziehen, werden von der Eisenbahnerverwaltung besonders verfolgt werden.

**Leihhaus**  
BRUNNENSTR. 5

**Alles in den Schatten stellend, ist unser Inventur-Ausverkauf!**

<b>Schlüpfers</b> prima Qualität und Arbeit früher bis 1000 Mk. jetzt <b>550</b> Mk.	<b>Schlüpfers</b> feinste Maßstoffe, Ersatz für Maß, früher bis 2000 jetzt <b>800</b> Mk.	<b>Anzüge</b> prima Verarbeitung, gute Stoffe, Jede Figur, früher von 600 bis 900 jetzt <b>300</b> Mk.	<b>Anzüge</b> gute Maßstoffe, prima Selbstveredelung, früher 900 - 1800 jetzt <b>600</b> Mk.	<b>Anzüge</b> nur erstklassige Stoffe zum Teil ansehnlich, früher bis 2200 jetzt <b>1000</b> Mk.	<b>Cutaways</b> unerreicht in Qualität und Arbeit, früher 800-1200 jetzt <b>600-900</b> Mk.
---	--	---	---	---	--

Unsere Abteilung feiner Herrenmoden hat nichts mit unserem Leihhaus zu tun. Keine Ersatzwaren. Eigene Selbstherstellung!

# A. Wertheim

## Konserven

- Grünkohl . . . 1/2 Dose 4<sup>50</sup>
- Weißkohl . . . 1/2 Dose 4<sup>50</sup>
- Wirsingkohl . . . 1/2 Dose 6<sup>M</sup>
- Rotkohl . . . 1/2 Dose 5<sup>40</sup>
- Sellerie in Scheiben 1/4 Dose 11<sup>50</sup>
- Spinat . . . 1/2 Dose 8<sup>20</sup>
- Telrow Rübchen 1/4 Dose 11<sup>M</sup>
- Kohlrabi . . . 1/2 Dose 8<sup>50</sup>
- Steinpilze . . . 1/2 Dose 16<sup>50</sup>
- Tomatensuppe 1/4 Dose 6<sup>75</sup>
- Tomatensuppe 1/4 Dose 4<sup>50</sup>
- Pflaumen 1/2 Frucht 1/2 Dose 12<sup>M</sup>
- Preißelbeeren 1/2 Dose 17<sup>M</sup>
- Apfelsmus . . . 1/2 Dose 6<sup>25</sup>

## Käse

- Landkäse große . . . Stück 5<sup>50</sup>
- Camembert vollreif, ca. 1/2 Schachtel 11<sup>50</sup>
- Kochkäse . . . Pfund 12<sup>M</sup>
- Harzerkäse feine Qual. Pfund 13<sup>50</sup>
- Quadratkäse . . . Pfund 16<sup>M</sup>
- Stangenkäse . . . Pfund 16<sup>M</sup>
- Brickkäse feiner . . . Pfund 17<sup>M</sup>
- Limbbergerkäse . . . Pfund 21<sup>M</sup>
- Goudakäse dünnlich . . . Pfund 24<sup>M</sup>

## Gemüse etc.

- Kartoffeln 10 Pfund 12<sup>50</sup>
- bei freier Zusendung in Groß-Berlin 126<sup>M</sup>
- Kohlrüben gelbe . . . Pfund 50
- Märk. Rübchen . . . Pfund 1<sup>M</sup>
- Grünkohl . . . Pfund 60<sup>PL</sup>
- Sellerie . . . Pfund 2<sup>M</sup> 3<sup>M</sup>
- Maronen . . . Pfund 7<sup>M</sup>
- Zitronen . . . Stück 95<sup>PL</sup>
- Apfelsinen . . . Stück 120 150
- Mandarinen . . . Pfund 11<sup>M</sup>
- Walnüsse . . . Pfund 12<sup>50</sup>

## Wurstwaren

- Zwiebelleberwurst Pfd. 18<sup>50</sup>
- Rotwurst . . . Pfund 18<sup>M</sup>
- Sülzwurst . . . Pfund 18<sup>M</sup>
- Landleberwurst Pfund 23<sup>M</sup>
- Pastetenleberwurst 23<sup>M</sup>
- Jagdwurst . . . Pfund 25<sup>M</sup>
- Bauernmettwurst Pfd. 28<sup>M</sup>
- Magerer Speck . . . Pfund 32<sup>M</sup>

Marmelade Zwei-Frucht Pfd. 6<sup>50</sup>

Speisemalz Pfund 8<sup>M</sup>

## Frisches Fleisch

- Kalbskamm u. Brust Pfund 13<sup>M</sup>
- Kalbsrücken . . . Pfund 15<sup>M</sup>
- Kalbskeule ganz u. geteilt Pfund 15<sup>M</sup>
- Suppenfleisch . . . Pfund 13<sup>M</sup>
- Schweinebauch u. Blatt Pfund 19<sup>50</sup>
- Schweinerücken . . . Pfund 20<sup>M</sup>
- Schweineschinken . . . Pfund 20<sup>M</sup>
- Gehacktes Rind- u. Schweinefleisch 14<sup>M</sup>

## Kolonialwaren

- Weizenmehl 66 Proz. Pfd. 5<sup>25</sup>
- Auszugsmehl . . . Pfund 6<sup>25</sup>
- Gelbe Erbsen . . . Pfund 4<sup>75</sup>
- Weißbohnen . . . Pfund 5<sup>25</sup>
- Haferflocken . . . Pfund 4<sup>80</sup>
- Bandnudeln . . . Pfund 8<sup>75</sup>
- Schotenkerne getrocknet Pfund 25<sup>M</sup>
- Bosnisch. Pflaumen Pfd. 11<sup>M</sup>
- Bosnische Pflaumen mit Birnen . . . 7<sup>M</sup>

## Wild u. Geflügel

- Hirschfleisch . . . Pfund 9<sup>M</sup>
- Hirschblatt u. Rücken 16<sup>M</sup>
- Hasen starke, gestreifte . Stück 65<sup>M</sup>
- Gänsefleisch . . . Pfund 16<sup>M</sup>
- Gänsekeulen . . . Pfund 21<sup>M</sup>
- Gänseklein mit Magen . . . 21<sup>M</sup>

**Kunsthonig** 1 Pfund-Paket 5<sup>20</sup>  
**Spezialmischung**  
 75 Prozent Kaffee-Ersatz und 25 Prozent Bohnenkaffee Pfund 11<sup>M</sup>

## Nach der Inventur herabgesetzte Preise

### Theater u. Vergnügungen

**Volksbühne König Lear**  
 Neues Volks-theater  
**Wagner-Theater**  
 Täglich 7 1/2 Uhr  
**Spitzenkönigin**  
 Residenz-Theater  
 Das weite Land  
**Frisonen-Theater**  
 Täglich 7 1/2 Uhr  
**Elga**  
 Kleines Theater  
 Täglich 7 1/2 Uhr  
**Jaquette**  
 Kleines Theater  
 Täglich 7 1/2 Uhr  
**11 Attraktionen**

**Gewerkschaftshaus**  
 50 16 Engelufer 25 Oek. Dir. M. Schröder  
 Fernspr.: Mpl. 8641

Täglich  
 Gedeb 12 Markt **Gr. Mittagstisch** Gedeb 12 Markt

Jeden Freitag Schlachtfest  
 Spez.: Fr. Blut- und Leberwurst mit Sauerkoh.

Täglich Ausschank Schützhilfs-Patronhofer Urbock

**Billig**  
 Röcke, Blusen, Kleider, Mäntel, Strickjacken, eleg. Ballkleider  
**STRENLOW**  
 Traskowstr. 21 am Wörtherplatz.

**Erklärung**  
 Der Angeklagte Heinrich Wandt erklärt: Ich nehme die in den Urteilen...  
 (Text continues with legal statement regarding a trial and sentencing.)

**Gute Praxis**  
 für Heiligen, tüchtigen Arzt mit langjähriger Weiterbildung im Inneregebiet.  
**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungsbüro Berlin  
**Todes-Anzeige**  
 Max Knopf  
 Berlin, Neue Gieselerstr. 42, am 2. d. Mts. gestorben.

**METROPOL**  
 11 Attraktionen  
**Residenz-Kasino**  
 Blumenstraße 10  
 Das Paradies der Witwenbälle  
 Karussell  
 Berliner Theater  
 Täglich 7.30 Uhr  
**Prinzessin Olala**  
 Zitiel Maffarz A. G.

**Eäufe Schwaben Wanzen**  
 Eäufe Schwaben Wanzen  
 in Heiligensee  
 Parzellen  
 in Heiligensee  
 Metallhandelsstelle  
**Metallohandelsstelle**  
 Osten, Grüner Weg 50  
 zahlt Tagespreise für Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

**Tauringe**  
 Dukaten-Gold 900 gest. 14 karat. Gold 885 gest. 14 karat. Gold 333 gest. Stück von 35.00 Mark  
 Staats vorrätig am Lager  
**Tauringfabrik Niinoga**  
 Berlin O, Grüner Weg 69  
 1. Filiale: Drosselstr. 31  
 2. Filiale: Schönhauser Allee 89.

**Nachruf**  
 Des Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied der Schiller  
**Paul Lehmann**  
 Kreutzberg, Weierstraße 44, am 28. Juli 1926 als erkrankt gemeldet und im Dezember 1921 für tot erklärt worden ist.  
 Euer ihrem Verbunden  
 Die Ortsverwaltung.

**Circus Busch**  
 Täglich 7 1/2 Uhr  
**Die Ehe im Kreise**

**Tüchtige, geübte Buchhalterinnen**  
 sofort gesucht  
 Meldungen: { 1-3 Uhr mittags  
 5-8 Uhr abends  
**A. Jandorf & Co.**  
 Belle-Alliance-Strasse 1/2

**Auf Teilzahlung**  
 sehr preiswert große Auswahl moderner  
 Anzüge  
 Schlüpfer  
 Ulster  
 Paletots  
 Cutaways  
 gestr. Hosen  
 Damen-Mäntel  
 Kostüme  
 Kleider  
 Röcke  
**H. Tyra & Co.**  
 Beusselstraße 20  
 Bequeme Abzahlung

**Münzen**  
 Münzen  
**Botenfrauen**  
 sofort gesucht  
 Hauptexpedition  
**E. 2, Breite Straße 8-9**  
 Expedition Krüger  
 Neukölln, Emser Str. 32  
 Expedition Franke  
 Genter Straße 34

**Neue Welt**  
 Ab Sonntag, 8. Januar  
**Bockhierfest**  
 8 Kapellen  
 30 bayerische Musikanten  
 Einlaß 4 Uhr  
 Anfang 5 Uhr



